

Abstimmung über den Antrag der Linksfraktion "**Abschaltung von V-Leuten in der NPD**" am 11.05.2007

Abgestimmt haben dafür: die Linksfraktion und der parteilose Abgeordnete Gert Winkelmeier (wurde über die Landesliste DIE LINKE. gewählt und schied am 13. Februar 2006 aus der Fraktion DIE LINKE. aus) Dagegen gestimmt haben alle anderen Fraktionen geschlossen sowie der parteilose Abgeordnete Henry Nitzsche (wurde als Direktkandidat der CDU gewählt und schied am 15. Dezember 2006 aus der Fraktion CDU/CSU aus)

"Unsere" Abgeordneten Gruß (FDP) und Fograscher (SPD) haben sich geäußert. Gruß hat keine konkrete Aussage zum Abzug von V-Leuten gemacht.

Fograscher hat sich wie folgt geäußert:

Ulla Jelpke (DIE LINKE):

Frau Kollegin Fograscher, Sie haben gerade über Verbote von Organisationen gesprochen. In der Tat hat die Bundesregierung einige Verbote erlassen. Wie Sie wissen, ist aber das NPD-Verbotsverfahren gescheitert, und zwar vor allem deshalb, weil die V-Leute des Verfassungsschutzes nicht abgezogen wurden.

Vertreter Ihrer Partei - an führender Stelle Herr Struck, aber auch der Vorsitzende des Innenausschusses, Herr Edathy - sprechen sich immer wieder für ein neues Verbotsverfahren aus. Sind Sie bereit, nähere Auskunft darüber zu geben, wie das Thema in der Fraktion der SPD weiterbehandelt wird? Wird sich die SPD unserem Antrag anschließen, die V-Leute abzuschalten, damit die Bundesverfassungsrichter die Situation erneut überprüfen können?

Gabriele Fograscher (SPD):

Frau Jelpke, ich wollte eigentlich später auf Ihren Antrag zum Abzug der V-Leute aus der NPD eingehen, aber ich kann das auch gerne an dieser Stelle tun. Ich halte diesen Antrag für naiv. Denn ich glaube, dass viele Einschätzungen in den Antworten der Bundesregierung auf Erkenntnissen beruhen, die ohne den Einsatz von V-Leuten nicht gewonnen werden könnten.

Ich halte Ihren Antrag auch für gefährlich, weil sich ein weiteres Verbotsverfahren über lange Zeit hinziehen könnte und wir dann keine Informationen mehr über Entwicklungen in der extremen rechten Szene hätten. Deshalb werden wir Ihrem Antrag, die V-Leute abzuziehen, nicht zustimmen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Schwerpunkt der Maßnahmen in der Auseinandersetzung mit politischem Extremismus bleiben die präventiven Maßnahmen. Wir haben die ehemaligen Bundesprogramme Civitas und Entimon weiterentwickelt bzw. ein neues Bundesprogramm mit dem Titel "Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie - gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus" aufgelegt, das mit jährlich 19 Millionen Euro ausgestattet ist.

Wir setzen mit diesem Programm bei den Jugendlichen an. Wir nehmen die Erkenntnisse aus der wissenschaftlichen Begleitforschung der vergangenen Jahre zu Civitas ernst und setzen sie um. Von zentraler Bedeutung ist die Eingebundenheit von Projekten in Vernetzungsstrukturen. Wenn zum Beispiel ein außerschulisches Programm auch in der Schule seinen Widerhall findet, erhöht dies die Erfolgsaussichten deutlich. Deshalb ist es richtig, dass das neue Programm lokale Aktionspläne fördert. Eingebundenheit und Akzeptanz eines Projektes in der jeweiligen Kommune sind wichtige Voraussetzungen für den Erfolg. Denn demokratische Kultur muss zuallererst auf lokaler Ebene gestaltet und gelebt werden.

Auszug aus Plenarprotokoll 16/98 Deutscher Bundestag Stenografischer Bericht 98. Sitzung Berlin, Freitag, den 11. Mai 2007